

## Pressemitteilung

(19.09.2015)

### Thema: Sitzungsperiode 2015-2016 im PDG

Die Vivant-Fraktion wird die Schwerpunkte auch in der kommenden Sitzungsperiode auf das Aufzeigen von Alternativen zur klassischen Politik und der gezielten Kontrolle der Regierung legen. Dazu gehört auch das Aufklären über die Funktionsweise des aktuellen Systems und den damit verbundenen Machenschaften.

Zur Funktionsweise der klassischen Politik ein aktuelles Beispiel:

Im März 2012 hat das Parlament der DG ein so genanntes „Anti-Diskriminierungs-Gesetz“ einstimmig verabschiedet. Herr Paasch, damals noch Unterrichtsminister, hob die Wichtigkeit des Dekretes hervor, Zitat: *„...Nirgendwo darf diskriminiert werden. Wer dagegen verstößt, wer zum Beispiel Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Weltanschauung oder ihres Geschlechts ungleich und damit ungerecht behandelt, der muss mit ernstesten Strafen und Sanktionen rechnen...“* (Nachzulesen im Ausführlichen Bericht Nr. 35/2011-2012). Wer aber, wie wir von Vivant, politisch anders denkt, lädt der Ministerpräsident nicht zu den Gesprächen über die Positionierung der DG in Sachen Staatsreform ein. Darf hier dann doch diskriminiert werden?

Die Vertreter von Regierung und Mehrheit geben viele schöne Worte von sich. Doch daran glauben, bzw. danach handeln tun sie nur selten.

Neben der Kritik an der klassischen Politik bringen wir immer wieder alternative Vorschläge ein. So hat die Vivant-Fraktion in der vergangen Sitzungsperiode zwei Resolutionsvorschläge eingereicht. Einen, der an die Wallonische Region gerichtet war, bezüglich der Normen im Straßenbau und einen an die Föderalregierung, bezüglich des Mehrwertsteuersystems auf öffentliche Bauten.

Bezüglich der Resolution Straßenbau wird diese im Ausschuss weiterhin bearbeitet, die Mehrheitsfraktionen zeigten sich offen und haben Abänderungsvorschläge angekündigt.

Bezüglich der Abänderung des MWST Gesetzbuches, so wurde diese Resolution im Ausschuss ohne sachliche Argumente abgelehnt, obwohl der Zeitpunkt der Verabschiedung solch einer Resolution nicht günstiger sein könnte, da durch die neue EU Richtlinien u.a. die SEC 2010 Normen, die Gemeinden vor enormen Schwierigkeiten stehen und die Vorschläge in der Resolution insbesondere den Gemeinden finanziell zur Hilfe kämen.

Bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit haben wir sehr erfolgreiche Vorträge zum Thema Finanz- und Geldsystem organisiert, welche auf ein breites Interesse in der Bevölkerung stießen. Auch im kommenden Jahr planen wir Vorträge, u.a. über aktuelle gesellschaftliche Themen, wie die Flüchtlingskrise, das Bildungssystem oder über die Gesundheitspolitik.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Was die kommende Sitzungsperiode angeht, so werden wir noch in diesem Herbst zwei Resolutionsvorschläge einreichen, einen an die Regierung der DG, bezüglich der Unterstützung der Einführung von Seniorengenossenschaften auf dem Gebiet der DG und einen an den Föderalstaat und an die Wallonische Region bezüglich der Einführung von Komplementärwährungen zur Unterstützung der Investitionsmöglichkeiten der Gliedstaaten und der Gemeinden. Gerade bezüglich des Straßenbaus und der Abwasserklärung gibt es einen enormen Investierungsbedarf und hier sind aufgrund der leeren öffentlichen Kassen Alternativen zur Finanzierung gefragt, ohne dass dies zu einer Privatisierungswelle führt.

In Sachen Flüchtlingsproblematik verweisen wir auf unsere ausführliche Stellungnahme, welche wir Ihnen in unserer Pressemitteilung vom 03.09.2015 haben zukommen lassen.

Nach wie vor sind wir der Meinung, dass den Flüchtlingen kurzfristig geholfen werden muss. Eine Einwanderungspolitik ohne Wenn und Aber lehnen wir kategorisch ab.

Wie inzwischen fast alle Politiker der DG sind wir weiterhin der Meinung, dass die Ängste und Sorgen der einheimischen Bevölkerung ernst zu nehmen sind. Dies bedeutet für uns aber im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht, den Menschen ihre angebliche Angst vor den Flüchtlingen zu nehmen. Die Bürger haben Ängste und Sorgen zu den Problemen, die so eine massive Einwanderung mit sich bringt. Es bedeutet für uns auch nicht, den Einheimischen klarzumachen, dass ein dauerhafter Verbleib von Flüchtlingen in unserem Land für unsere Zukunft notwendig ist.

Wir brauchen keine Migration zur Lösung unserer Probleme, wie beispielsweise dem demographischen Wandel.

Viele der von Vivant-Ostbelgien schon seit Jahren unterstützten Ideen, wie die drastische Vereinfachung der Steuergesetzgebung, das bedingungslose Grundeinkommen und die allgemeine Reduzierung der Bürokratie in Verbindung mit einem dem Bürgern dienenden Finanzsystem, sind machbar und bieten nachhaltige Lösungsansätze, hier könnten erhebliche Mittel und humane Ressourcen freigesetzt und für sinnvollere Tätigkeiten eingesetzt werden.

Die Funktionsweise der klassischen Politik, welche uns in diese Schwierigkeiten geführt haben, wird uns sicher nicht aus diesen Schwierigkeiten herausführen. Schon gar nicht mit einer Migrationspolitik, wie sie jetzt u.a. vom Ministerpräsidenten angedeutet wird.

Nein, die Sorgen und Ängste der Menschen in der DG ernst nehmen bedeutet, klare Regeln und Grenzen in Sachen Migration und Integration. **Es bedeutet zuerst aber auch alles dafür zu tun, dass die Flüchtlinge in ihrer Heimat lebenswerte Bedingungen vorfinden, damit der Flüchtlingsstrom endlich endet und viele Menschen zu ihren Wurzeln zurückkehren können.** Dies bedeutet klar Position gegen Ausbeutung und Kriegstreiben, auch der EU, zu beziehen und dementsprechend zu handeln.

Zum Beispiel bei den betreffenden Abstimmungen im PDG.

**Fraktion im PDG V.o.G.**

Die belgische Integrationspolitik der letzten Jahre, wenn man sie denn als solche bezeichnen darf, ist gescheitert.

Überall sind Parallelgesellschaften entstanden, und von Integration kann man sicherlich nicht reden. Viele Belgier fühlen sich im eigenen Land fremd, und diese Sorgen sollten die Verantwortlichen der Regierungen ernst nehmen, ohne mit blumigen Worten die Sache zu verschönern.

Es besteht zurzeit die reelle Gefahr, dass ein neues verstärktes politisches „Rechts-Links“ Denken in der Bevölkerung entsteht, was einen Nährboden für radikale Tendenzen in beide Richtungen bildet. Dem muss man entgegen wirken, durch sachliche Aufklärung über Hintergründe und Ursachen. Wir werden uns unsere Verantwortung stellen, und offen diese Aspekte ansprechen und versuchen durch einen entsprechenden Resolutionsvorschlag, an die föderal Verantwortlichen, diese Problematik über die Grenzen der DG hinaus zu thematisieren, und hoffen hier auf eine Unterstützung der anderen Fraktionen im PDG.

In der Integrationspolitik sollte grundsätzlich gelten:

**„Wenn Du in Rom bist, benimm Dich wie ein Römer.“**

Länder wie Kanada praktizieren seit Jahrzehnten eine erfolgreiche Integration, mit einem Nebeneinander, welches für alle Seiten gut funktioniert.

Ja wir können voneinander lernen, aber ein dauerhaftes Zusammenleben wird nur funktionieren wenn gegenseitiger Respekt die Basis allen Handels ist.

Auch wenn viele versuchen, jegliche Kritik am Umgang mit der Flüchtlingskrise als Rechtspopulistisch zu bezeichnen, werden wir weiterhin an den gesunden Menschenverstand appellieren und unsere Meinung in dieser Angelegenheit kundtun.

Wir verurteilen jeglichen Radikalismus gleichermaßen. Auch den, der das in Frage stellen der derzeitigen Politik in dieser Angelegenheit tabuisieren möchte.

Getreu dem Motto: Es ist Zeit aufzuwachen und zu handeln, werden die seit Jahren von der Vivant-Fraktion angesprochenen Themen aktueller denn je und zeigen, dass die klassische Politik sich generell in Frage stellen sollte. Sie steht vor einem Scherbenhaufen, der immer sichtbarer wird. Neue Wege müssen beschritten werden, da nicht nur die derzeitige Flüchtlingskrise Europa und die DG vor ganz neuen Herausforderungen stellt.

Michael Balter - Alain Mertes